Er tat Berlin gut: Ein Nachruf auf Star-Friseur Udo Walz – *Seite 28*

DER TAGESSPIEGEL

RERUM COGNOSCERE CAUSAS

HEUTE: Mit Immobilienmarkt und Stellenangeboten

Weihnachten mit dem Tagesspiegel – Die neue Serie für einen guten Advent:
Basteln zu Hause Neue Ideen – S. *11* ++ **Fest für Kinder** Neue Hoffnung – S. *14* ++
Fit im Homeoffice Neue Übungen – S. *21* ++ **Online** www.tagesspiegel.de/zuhause

BERLIN, SONNABEND, 21. NOVEMBER 2020 / 76. JAHRGANG / NR. 24 368 * WWW.TAGESSPIEGEL.DE BERLIN/BRANDENBURG 2,10€, AUSWÄRTS 2,80€, AUSLAND 3,00€

Teil-Lockdown bis nach Silvester möglich

Bund und Länder prüfen Verlängerung der Einschränkungen bis in den Januar hinein

Von Sabine Beikler, Hannes Heine und Georg Ismar

Berlin - Restaurants, Cafés, Kneipen und Kultureinrichtungen in Berlin werden nach Tagesspiegel-Informationen bis mindestens kurz vor Weihnachten geschlossen bleiben. Wahrscheinlich sogar noch über Silvester bis ins neue Jahr hinein. Es ist auch möglich, dass Berlin die bisher geltenden Kontaktbeschränkungen noch einmal verschärft.

In Kreisen der Bundesregierung hieß es am Freitag, dass sich bundesweit eine Verlängerung der Maßnahmen bis kurz vor Weihnachten abzeichnet, vom 20. Dezember ist dabei die Rede. Über Weihnachten könnte es dann Lockerungen geben. Mehrere Landesregierungen erwägen aber eine Verlängerung der Maßnahmen bis zum 6. Januar. Eine Variante sei auch, dass der Teil-Lockdown allgemein bis zum 20. Dezember verlängert wird und dann die Länder selbständig je nach Infektionsgeschehen über Verlängerungen entscheiden.

Am Wochenende wollen sich die Bundesländer untereinander abstimmen, koordiniert vom Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD). Die Länderseite soll dem Kanzleramt einen Vorschlag unterbreiten vor dem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch. Dort geht es um drei Fragen: Wie lange verlängern; nur verlängern oder verschärfen; und welche zusätzlichen Finanzhilfen für betroffene Branchen sind möglich.

Das Robert-Koch-Institut (RKI) hatte am Freitag einen neuen Rekord mitgeteilt: Binnen eines Tages wurden 23 648 Neuinfektionen gemeldet. In Berlin werden derzeit 293 Covid-19-Patienten auf Intensivstationen behandelt, damit sind fast 24 Prozent der Intensivbetten belegt. Mehr als 1082 liegen wegen des Coronavirus insgesamt in Berlins Krankenhäusern.

Auch die ökonomischen Folgen sind verheerend. Allein vom 1. bis 18. November verzeichneten die Hotels in Berlin einen Umsatzverlust von 90,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019. Die Situation sei katastrophal, sagte Thomas Lengfelder, Hauptgeschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbands Berlin. Lengfelder fordert eine zügige Auszahlung der Novemberhilfen des Bundes mit einem Umfang von zehn Milliarden Euro und eine Verlängerung bis Ende Dezember.

Hoffnung macht die Aussicht auf einen baldigen Impfstart. Das deutsche Unternehmen Biontech und der US-Konzern Pfizer beantragten in den USA eine Notfallzulassung, die US-Regierung machte Hoffnung, dass schon bis Mitte Dezember mit Impfungen begonnen werden könnte. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rechnet schon im Dezember oder „sehr schnell nach der Jahreswende“ mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa. Das Thema wird auch beim G20-Gipfel am Wochenende besprochen. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) mahnte die führenden Wirtschaftsnationen, sich stärker an der Corona-Impf-Initiative Covax zu beteiligen. Bisher wurden laut Finanzministerium rund 4,3 Milliarden Euro für die Entwicklung und global faire Verteilung von Impfstoffen bereitgestellt.

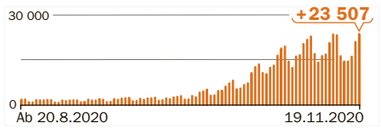
— *Seiten 4, 9 und 17*

VIRUS *in Zahlen*

Neuinfizierte
pro 100 000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen

BERLIN **225** | DEUTSCHLAND **155**

Deutschland gesamt



Risklayer/KIT/Tsp, RKI

Das letzte Gefecht

So etwas gab es in der amerikanischen Geschichte noch nie: Mit aller politischen Macht versucht Donald Trump den Sieg Joe Bidens zu kippen.
– Seite 2

Foto: Carlos Barria/Reuters

Grundsatzprogramm

Die Grünen und der liebe Staat

Von Cordula Eubel

Gut 40 Jahre nach ihrer Gründung kommen die Grünen an diesem Wochenende zusammen, um ein neues Grundsatzprogramm zu beschließen, das vierte in der Geschichte. Doch der Parteitag, der ursprünglich in Karlsruhe stattfinden sollte, musste wegen der Corona-Pandemie in den virtuellen Raum verlegt werden. Die nostalgische Rückkehr an den Ort, an dem alles begann, bleibt der Partei also verwehrt, und vielleicht ist das sogar ganz passend.

Die Grünen von heute haben nur noch wenig mit der „Anti-Parteien-Partei“ zu tun, als die Mitbegründerin Petra Kelly sie einst bezeichnete. Seit den 1980er Jahren haben sie ideologisch beständig abgerüstet. Mit dem Älterwerden ist bei den Grünen so manche Radikalität verschwunden. Regieren ist selbstverständlich geworden. Und ein Jahr vor der Bundestagswahl formulieren sie auch ihren Führungsanspruch – klarer als je zuvor.

Auch wenn das neue Grundsatzprogramm allgemeiner ist als ein Regierungsprogramm, gibt es einen Vorgeschmack auf das Wahljahr. Die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck kämpfen um die Mitte der Gesellschaft, sie wollen möglichst vielen Wählerinnen und Wählern ein Angebot machen. Die Wirtschaft verstehen sie als Partnerin auf dem Weg zu einer klimaneutralen Produktionsweise, sie setzen auf die Innovationsfähigkeit der Märkte. Gleichzeitig gab es bei den Grünen noch nie so viel Bekenntnis zum Staat.

Während die Partei früher das Emanzipatorische in den Vordergrund gestellt hat, muten Teile des Programms heute paternalistisch – oder in diesem Fall vielleicht eher maternalistisch – an. Aus dem Motto „Wir ermöglichen dir deine freie Entfaltung“ ist ein „Wir regeln das für dich“ geworden. In der Sozialpolitik versprechen die Grünen eine „Garantierente“ und Hartz IV soll durch eine „Garantiesicherung“ ersetzt werden.

Auch das Verhältnis zu den Institutionen dieses Landes hat sich verändert. Mehr als andere Parteien verstehen die Grünen sich heute als Verteidigerin der parlamentarischen Demokratie. Deutlich wird der Wandel besonders im Verhältnis zur Polizei: Während zur Erfahrung der Gründergeneration die Straßenschlachten beim Anti-Atom-Protest gehören, loben die Grünen von heute die Polizei als Garantin für Sicherheit im Innern.

Die Debatte über das neue Grundsatzprogramm hat sichtbar gemacht, in welchem Umbruch sich die Partei befindet. In den vergangenen Jahren haben die Grünen viele neue Mitglieder gewonnen. Viele der Jüngeren fordern nun eine stärkere Offenheit für Forschung ein, auch bei heiklen Themen wie der grünen Gentechnik oder der Homöopathie. Gleichzeitig ist es die junge Generation, die beim Klimaschutz ungeduldig wird. Manche von ihnen fordern, die Grünen müssten wieder radikaler werden und für eine Politik eintreten, die angesichts der drohenden Erderwärmung über die Verabredungen aus dem Pariser Klimaabkommen hinausgeht. So sieht es auch die Klimabewegung „Fridays for Future“, aus der sich einige enttäuscht von den Grünen abwenden.

Weniger Radikalität und weniger Abgrenzung zu Wirtschaft und Staat haben dazu geführt, dass die Grünen mehrheitsfähig geworden sind. Zugleich laufen sie Gefahr, ihren Kern zu verlieren, die Unterscheidbarkeit zu anderen. Dort, wo sie ursprünglich herkommen, ist heute wieder Raum für neue Bewegungen.

Fraktionen kritisieren AfD aufs Schärfste

Berlin - Weil sie Störern Zutritt zum Bundestag verschafft hat, sind die restlichen Fraktionen am Freitag hart mit der AfD ins Gericht gegangen. Bei den Vorfällen vom Mittwoch handele es sich um einen Angriff auf die parlamentarische Demokratie, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion Michael Grosse-Brömer in einer aktuellen Stunde. Die Grüne Britta Haßelmann warf der AfD vor, die Demokratie „zersetzen“ zu wollen. AfD-Fraktionschef Alexander Gauland räumt zwar ein, dass das Verhalten der Störer „unzivilisiert“ gewesen sei. Die Unterstellung aber, seine Fraktion habe im Vorhinein von den Plänen der Störer gewusst, sei „infam“. *fiem*

— *Seite 4 und Meinungsseite*

Bürger empfinden zu viel Polizei als bedrohlich

Berlin - Eine höhere Polizeipräsenz und mehr schwer bewaffnete Einsatzkräfte führen nicht dazu, dass sich Bürger sicherer fühlen. Das ist das Ergebnis einer Befragung von Besuchern des Weihnachtsmarkts am Breitscheidplatz vor einem Jahr, wie Polizeipräsidentin Barbara Slowik dem Tagesspiegel im Interview sagte. Entscheidend für das Sicherheitsempfinden sei vielmehr, ob der letzte Kontakt der Bürger mit der Polizei positiv oder negativ empfunden werde. Auch die Ausstattung spiele ein Rolle. Wenn Polizisten eine Maschinenpistole tragen, sinke die gefühlte Sicherheit. Die Menschen hätten dann den Eindruck, dass die Lage unsicher sei. *axf/jb*

— *Seite 10*

Heimstaden macht Angebot für Mieterschutz

Berlin - Im Streit um den Mieterschutz für mehrere Tausend Wohnungen in Berlin ist das schwedische Immobilienunternehmen Heimstaden offenbar bereit, Zugeständnisse zu machen. Dazu soll gehören, dass Heimstaden in Milieuschutzgebieten für 20 Jahre auf die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verzichtet. Heimstaden soll sich außerdem bereit erklärt haben, auf Luxusmodernisierungen und die Errichtung von Balkonen oder Aufzügen in Milieuschutzgebieten zu verzichten. Festgeschrieben werden sollen die Zusicherungen in einer Vereinbarung, mit der Heimstaden die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts der Bezirke abwenden will. *Tsp*

— *Seite 12*

INDEX

WIRTSCHAFT & BÖRSEN **15–18**
Der Dax geht mit einer freundlichen Tendenz ins Wochenende. Der Leitindex legt leicht zu auf 13 108 Punkte.

WETTER **2**
7/5 Raus mit der Allwetterjacke! Sonne, Wolken und Regen wechseln sich ab.

KUNST & MARKT **19**
SPORT ..... **21 + 22**
MEDIEN/TV-PROGRAMM **27**
IMPRESSUM & ADRESSEN **4**

LESERBRIEFE@TAGESSPIEGEL.DE
TEL. REDAKTION ..... **(030) 29021-0**
TEL. ABO-SERVICE ..... **(030) 29021-500**
TEL. SHOP ..... **(030) 29021-520**
TEL. TICKETS ..... **(030) 29021-521**

ISSN 1865-2263

Verdacht auf Kannibalismus in Pankow

Berlin - Bei dem möglichen Fall von Kannibalismus geht die Staatsanwaltschaft Berlin von einem Sexualmord aus. Es gehe um eine Tat zur Befriedigung des Geschlechtstriebs, sagte Behördensprecher Martin Steltner am Freitag in Berlin: Der mutmaßliche Täter, ein 41-Jähriger, habe im Internet zu Kannibalismus recherchiert und sich auf einer Datingplattform bewegt, wo er auch zum Opfer Kontakt gehabt habe. In der Wohnung des Verdächtigen habe man „einschlägige Werkzeuge“ wie Messer und Sägen sowie Blutspuren gefunden. Von einem Einverständnis des Opfers gehen die Ermittler nicht aus. Das 44-jährige Opfer wurde seit September vermisst. *Tsp*

— *Seite 12*

ANZEIGE

Machen Sie sich ein Geschenk

Sparen Sie mit der 5+1 Aktion bei einer großen Auswahl an Vitra-Stühlen für Ihre Wohnung, Ihr Büro oder Ihre Praxis, indem wir Ihnen den günstigsten von 6 gratis dazugeben.

Bei minimum Charlottenburg, minimum Mitte, minimum Kreuzberg und in unserem Online-Shop.

minimum einrichten GmbH

in Charlottenburg, 3.OG im stilwerk
Kantstraße 17, 10623 Berlin
030 319 985 00

in Mitte
Torstraße 140, 10119 Berlin
030 403 691 020

in Kreuzberg, im Aufbau Haus
Prinzenstraße 85, 10969 Berlin
030 700 962 60
www.minimum.de